

REGIONALE INTEGRATION ALS BRÜCKE ZWISCHEN JAPAN UND KOREA?

VERGLEICH DER INTEGRATIONSPROZESSE IN WESTEUROPA UND OSTASIEN

Hartwig HUMMEL

1. EINLEITUNG

Die europäische Integration gilt allgemein als erfolgreiches Friedensprojekt, nicht zuletzt, weil in ihrem Rahmen die Aussöhnung zwischen Deutschland und seinen Nachbarländern gelang (Czempiel 1997; Gardner Feldman 1999; Kühne 1998; Senghaas 1992; Zielinski 1995). Gerade weil Deutschland und Japan so viele historische Erfahrungen und politische Herausforderungen teilen, dürfte es interessant sein zu fragen, ob die regionale Integration in Ostasien nicht in ähnlicher Weise eine Brücke zwischen Japan und Korea bilden könnte. Dabei kann es jedoch nicht darum gehen, die europäischen Erfahrungen direkt auf Ostasien übertragen zu wollen, denn trotz der vielen Gemeinsamkeiten existieren auch signifikante Unterschiede zwischen den beiden Regionen. Ausgangspunkt der nachfolgenden Darstellung sind daher sowohl die konkreten historischen Erfahrung mit Integration und Aussöhnung in Europa, als auch die allgemeinen friedentheoretischen Zusammenhänge und Bedingungen, die sich je nach spezifischem regionalen und historischen Kontext in unterschiedlicher Weise konkretisieren.

Die europäische Aussöhnung erfolgte in zwei Schritten, zunächst nach Westen, dann nach Osten. Aus dem wirtschafts- und sicherheitspolitischen Zweckbündnis zwischen Deutschland, Frankreich, den Benelux-Staaten und Italien entwickelte sich allmählich eine wirtschaftliche, politische und soziokulturelle Gemeinschaft, und zwar auch deshalb, weil die Integration auf eine breite Basis gestellt wurde und nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Eliten, sondern die betroffenen Gesellschaften insgesamt daran aktiv beteiligt sind. Vor allem zwischen Frankreich und Deutschland, die innerhalb von etwa 70 Jahren drei verheerende Kriege gegeneinander geführt hatten, entwickelte sich eine feste und auch in Krisenzeiten robuste Freundschaft. Für sie gilt noch mehr, daß sie nicht nur auf reiner Interessenpolitik beruht, sondern auf einem breiten

gesellschaftlichen Fundament, zu dem nicht zuletzt Städtepartnerschaften, der deutsch-französische Jugendaustausch und die kulturelle Zusammenarbeit gehören. Die Entspannungspolitik der 1970er Jahre öffnete die europäische Integration nach Osten. Der Erfolg der Entspannungspolitik zeigte sich später in der weitgehend friedlichen Transformation Osteuropas und wird heute gekrönt durch die Osterweiterung der Europäischen Union. Die entscheidende Erfolgsbedingung war auch hier, über die klassische Diplomatie hinaus die ökonomische, soziale und kulturelle Dimension in die Integration einzubeziehen. So wurde im sogenannten „Helsinki-Prozeß“ der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) parallel über drei „Körbe“ verhandelt: in Korb 1 über politische Fragen (Anerkennung der Grenzen, Rüstungskontrolle, sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen, Achtung der Menschenrechte), in Korb 2 über wirtschaftliche Fragen (West-Ost-Handel, Technologietransfer) und in Korb 3 über den gesellschaftlichen Austausch (Kultur und Bildung, Medien, Familienkontakte, Jugendaustausch) (Schlotter 1999).

Nicht nur die historischen Erfahrungen Deutschlands in Europa, sondern auch grundsätzliche Überlegungen der Friedens- und Integrationsforschung lehren, daß der Zusammenhang zwischen Integration, Versöhnung und Frieden komplex ist und sich keineswegs auf die klassische zwischenstaatliche Politik beschränkt. Dies zeigt bereits die nähere Betrachtung dessen, was mit Frieden und Integration gemeint ist. Im Zentrum der gegenwärtigen Friedensforschung steht der Begriff des *stabilen Friedens*, den der US-amerikanische Friedensforscher Kenneth BOULDING (Boulding 1973) geprägt hat. Stabiler Frieden bedeutet demnach die dauerhaft verlässliche Abwesenheit von Gewaltpolitik im Umgang zwischen Gesellschaften. Dieser Begriff macht es möglich, Frieden von bloßem Waffenstillstand zu unterscheiden, von einem Zustand, in dem Gewaltpolitik als Option nicht grundsätzlich ausgeschlossen ist. Dauerhaften, stabilen Frieden zu schaffen, bedeutet nun aber mehr, als internationale Institutionen zu gründen, Militärbündnisse abzuschließen oder Freihandelszonen einzurichten. Stabiler Frieden kann nicht allein auf Abmachungen zwischen austauschbaren politischen Eliten, auf labilen Machtbalancen oder auf eng gefaßten ökonomischen Interessenkalkülen beruhen. Stabiler Frieden erfordert Vertrauen, das auf einer breiten gesellschaftlichen und kulturellen Grundlage beruhen muß. Anders ausgedrückt muß ein solcher Frieden von den betreffenden Gesellschaften insgesamt oder doch mehrheitlich getragen werden; revisionistische und ultranationalistische Strömungen dürfen keine gesellschaftliche Anerkennung genießen. Nur unter diesen Bedingungen ist die Absage an Gewaltpolitik für die andere Seite verlässlich.

Auch der Begriff der regionalen Integration bedarf einer näheren Betrachtung (Rosamond 2000). In der Integrationsforschung werden verschiedene Grade der Integration unterschieden, von einem regelmäßigen politischen Austausch, einer Freihandelszone oder einem begrenzten Militärbündnis bis hin zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Union. Sowohl die regionale als auch die inhaltliche Reichweite der Integration steht nicht von vornherein fest, sondern ist Ergebnis eines komplexen Aushandlungsprozesses. Regionale Integration entsteht in der Regel nicht durch einen einzigen großen Gründungsakt, sondern durch einen langfristigen Prozeß des Ausprobierens und Korrigierens sowie der Anpassung an den sich verändernden historischen Kontext.

Zwischen regionaler Integration und Friedenskonsolidierung besteht kein einseitiges Verhältnis (Czempiel 1998). Friedenskonsolidierung und Versöhnung sind nicht die automatische Folge der regionalen Integration; Friedenskonsolidierung und Versöhnung sind auch nicht die notwendige Voraussetzung für regionale Integration. Vielmehr handelt es sich um einen wechselseitigen, schrittweisen Prozeß, bei dem sich Integrationsfortschritte und Versöhnungsbemühungen gegenseitig unterstützen. Ein wesentliches Element des Integrationsprozesses ist die Definition, die Abgrenzung der Regionen, auf die sich die Integrations- und Friedensbemühungen beziehen (Hummel und Wehrhöfer 1996). Regionen wie „Europa“ oder „Ostasien“ sind keine natürlichen Einheiten. Sie stehen nicht vorab fest, sondern werden in Abhängigkeit von den historischen Umständen gesellschaftlich konstruiert. Während des Kalten Kriegs bezog sich beispielsweise die europäische Integration ganz selbstverständlich auf „Westeuropa“, wobei der „Westen“ nur scheinbar eine Himmelsrichtung, in Wirklichkeit dagegen eine politisch-ideologische Orientierung angab. Nach dem Ende des Kalten Kriegs veränderte sich die Definition Europas, und gerade die Debatte um die Osterweiterung der EU zeigt, wie politisch die Frage ist, wer zu Europa gehören soll und wer nicht. Ähnlich verhält es sich mit Ostasien. Gebräuchlich war hier lange Zeit ein anderer Begriff, nämlich „Fernost“. Dieser erinnert allerdings an die Zeit des europäischen Kolonialismus und des Imperialismus, und so wurde er im Zuge der Entkolonialisierung allmählich durch den Begriff „Ostasien“ ersetzt. Und in Japan selbst ist seit langem umstritten, ob Japan überhaupt Teil „Asiens“ ist, ob Japan nicht eher eine ganz eigene, von Asien getrennte Weltregion darstellt.

Im Sinne der Integration impliziert die Definition einer Region, sich selbst zur Region zu bekennen und gleichzeitig die anderen Mitglieder der Region als Gemeinschaftsmitglieder zu behandeln. Insofern die Gesellschaften beispielsweise in Deutschland, Frankreich und Polen bereit

waren, sich nicht nur als Nationen, sondern auch als Teil Europas zu sehen, konnte zwischen Deutschland und seinen Nachbargesellschaften eine Gemeinschaft, eine Friedensgemeinschaft entstehen. Andererseits gilt: Insofern die japanische Gesellschaft zögert, Japan als Teil Ostasiens zu sehen, grenzt sie sich von Korea ab und verweigert sie sich einer Gemeinschaft mit Korea.

In den folgenden Ausführungen stelle ich zunächst die unterschiedlichen Perspektiven zur Analyse regionaler Integrationsprozesse vor. Ich werde diese Perspektiven jeweils am Beispiel der europäischen Integration verdeutlichen. Anschließend suche ich nach entsprechenden Ansätzen regionaler Integration in Ostasien. Dabei gehe ich auch der Frage nach, wie die Bezugsregion überhaupt definiert wird. Abschließend möchte ich die eingangs gestellte Frage noch einmal aufgreifen, ob mit der regionalen Integration in Ostasien eine Brücke zwischen Japan und Korea geschaffen wird.

2. DREI DIMENSIONEN REGIONALER INTEGRATION UND DIE ERFAHRUNGEN IN EUROPA

Die Integrationsforschung hat sich lange Zeit nahezu ausschließlich mit dem Fall Europa befaßt (Rosamond 2000). Erst durch die Öffnung der Integrationsforschung für Integrationsprozesse in anderen Weltregionen konnten die europaspezifischen, aber auch die verallgemeinerbaren Prozesse regionaler Integration erkannt werden. Stark vereinfacht lassen sich drei regionale Integrationsprozesse unterscheiden: die Bildung von Sicherheitsgemeinschaften, die Bildung von Wirtschaftsgemeinschaften und die Bildung von Wertegemeinschaften.

2.1 SICHERHEITSGEMEINSCHAFT

Die erste Dimension betrifft die (militärische) Machtpolitik. Hier wird angenommen, daß Staaten ihre Macht in Zweckbündnissen bündeln, um sich kollektiv zu verteidigen oder gemeinsame Interessen gegen Dritte durchzusetzen. Die kollektiven Machtpotentiale könnten aber prinzipiell auch gegen einen der Beteiligten eingesetzt werden. Eine dauerhafte regionale Gemeinschaft entsteht daher nur dann, wenn die Bündnispartner Vertrauen zueinander gewinnen und ihre Beziehungen verläßlich machen, indem sie sie auf eine dauerhafte vertragliche und institutionelle Grundlage stellen.

Anders als bei der wirtschaftlichen Integration, die sich von Anfang an auf Westeuropa bezog, konkurrierten bei der militärischen Integra-

tion drei Regionalmodelle: das transatlantische Modell der NATO, das westeuropäische Modell und das West und Ost übergreifende Modell Gesamteuropa. Im transatlantischen Modell besitzt Europa keine eigenständige Identität, sondern ist fest an die USA gebunden. Europa ist in diesem Modell nicht denkbar ohne die Ankopplung an – manche würden sagen die Unterordnung unter – die US-amerikanische Führungsmacht. Dem steht das europäische Bündnismodell gegenüber. Seinen Ausdruck fand es in der 1954 gegründeten Westeuropäischen Union, die inzwischen weitgehend in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) überführt wurde. Dieses Regionalmodell grenzt sich gleichermaßen nach Westen wie nach Osten ab. Es soll die militärische Eigenständigkeit Westeuropas gegenüber den USA sicherstellen, grenzt aber gleichzeitig auch die Balkanregion oder Rußland als potentielle Sicherheitsbedrohungen aus. Für Deutschland hatte das westeuropäische Modell übrigens eine ganz besondere historische Bedeutung: der WEU-Beitritt und die konsequente Europäisierung der deutschen Sicherheitspolitik machten die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und seine militärische Integration in europäische und gesamtwestliche Zusammenhänge erst möglich. Auch heute noch beruht die Legitimation der deutschen Beteiligung an militärischen Interventionen ganz wesentlich darauf, daß derartige Aktionen prinzipiell nur im EU-Rahmen durchgeführt werden.¹

In der Konferenz und späteren Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE bzw. OSZE) wird die Sicherheitsgemeinschaft Europa sowohl geographisch als auch inhaltlich anders definiert als in der NATO oder der ESVP. Zwei Punkte machen den entscheidenden Unterschied aus. Erstens werden die osteuropäischen Staaten einschließlich Rußlands nicht ausgegrenzt, sondern sind an der OSZE in vollem Umfang beteiligt. Zweitens orientiert sich die OSZE am Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“, bei dem es nicht primär um militärische Sanktionen geht, sondern um Abrüstung, Prävention und Vertrauensbildung. Die KSZE/OSZE war wesentlicher Bestandteil der Entspannungspolitik zwischen Ost und West und erleichterte die Überwindung des

¹ Für die Legitimation der japanischen Militärpolitik erscheint dagegen der Bezug zur UNO zentral. Zwar war der realpolitische Kontext der Wiederaufrüstung Japans ein regionaler, nämlich die Ost-West-Konfrontation in Ostasien und vor allem in Korea. Doch für die Legitimation der japanischen Militärpolitik bezogen sich japanische Regierungen regelmäßig auf die UNO. Das in der UN-Charta festgelegte Selbstverteidigungsrecht wurde bemüht, um das verfassungsmäßige Verbot der Wiederbewaffnung zu übergehen, und die Auslandseinsätze des japanischen Militärs wurden in den Kontext von UN-Friedensmissionen gestellt.

Kalten Kriegs. Damit schuf sie auch die Voraussetzung für die „Osterweiterung“ der europäischen Institutionen, zunächst des Europarats, später auch der Europäischen Union.

2.2 WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

Die (neo)funktionalistische Integrationstheorie betont den materiellen Nutzen als eigentliches Motiv regionaler Integration (Rosamond 2000). Die Argumentation lautet, daß die zunehmende Interdependenz zwischen nationalen Ökonomien allen Beteiligten positive ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten bringt und daß zweitens die mit der zunehmenden Verflechtung entstehenden Probleme nur noch gemeinsam gelöst werden können. Aus beiden Gründen erscheint eine regionale Integration grundsätzlich als vernünftig. Das Problem ist nun, daß die ökonomischen Akteure sich an ihren Eigeninteressen orientieren und daher eher kurzfristig handeln. Außerdem scheuen sie meist größere Veränderung des Status Quo, weil die Kosten der Umstellung und die Folgen solcher komplexer Prozesse für die einzelnen Akteure oft schwer vorherzusagen sind. Daher bedarf es weitsichtig denkender Eliten, die die Chancen und die Notwendigkeit der regionalen Integration erkennen und sich für ihre politische Verwirklichung einsetzen.

Auch die europäische Wirtschaftsintegration wurde zunächst vor allem von weitsichtigen Politikern und Wirtschaftsführern getragen und mußte immer wieder gegen widerstrebende Einzelinteressen durchgesetzt werden. Als wesentliche Motoren der wirtschaftlichen Integration erwiesen sich vor allem die Kommissionspräsidenten der europäischen Wirtschaftsgemeinschaften, vor allem der erste Chef der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Jean MONNET, und der langjährige EG-Kommissionspräsident Jacques DELORS, der das Binnenmarktprojekt voranbrachte. Fortschritte bei der Integration wurden möglich, weil derartige Personen und Gremien die skeptische Öffentlichkeit jeweils von den Vorteilen einer weiteren Integration überzeugen konnten.

2.3 WERTEGEMEINSCHAFT

Auf eine weitere Dimension der Gemeinschaftsbildung machen sozialkonstruktivistische Forschungsansätze aufmerksam. Demnach sind Integrationsprozesse weder allein auf nationale Sicherheitsinteressen noch allein auf materielle Vorteile zurückzuführen. Eine regionale Gemeinschaft, so wird argumentiert, entstehe nicht allein durch die gemeinsame Furcht vor einer externen Aggression und auch nicht allein durch materielle Interessen. Sie könne letztlich nur auf der Basis gemeinsamer Werte

und einer gemeinsamen Identität „konstruiert“ werden. Gemeinschaftsstiftende Funktion können verallgemeinerbare Werte wie die Demokratie und die Menschenrechte haben, die vor allem die Inklusion in die Gemeinschaft fördern. Alternativ dazu ist eine Gemeinschaftsbildung auch auf der Basis ideologischer oder ethnisch-religiöser Polarisierung vorstellbar. In diesem Fall bezieht sich die Gemeinschaftsbildung aber vor allem auf Exklusion, auf die Abgrenzung „nach außen“. In beiden Fällen löst sich die regionale Integration von der Ebene der Staaten bzw. der politischen und bürokratischen Eliten, denn sowohl Demokratie und Menschenrechte als auch ideologische oder ethnisch-religiöse Identifikationsmuster beziehen die Ebene der Zivilgesellschaften ein. Zivilgesellschaftliche Akteure werden so zu wichtigen Trägern und gleichzeitig Adressaten der regionalen Integration.

2.4 EUROPÄISCHE INTEGRATION IM WANDEL

Die europäische Integrationsbewegung orientierte sich nach der leidvollen Erfahrung des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs an den Werten der Demokratie und der Menschenrechte. Die Mitgliedschaft in europäischen Institutionen wie dem Europarat oder den Europäischen Gemeinschaften beschränkte sich daher auf das bereits demokratisierte Westeuropa. Im Falle der NATO verhielt es sich allerdings anders: hier war die demokratisch-liberale Identität von einer ideologischen Blockbildung überlagert. Daher konnten Griechenland, Portugal und die Türkei auch in der Zeit Mitglieder der NATO bleiben, in der sie von Militärdiktaturen beherrscht waren. Die KSZE wiederum blieb eine Zweckgemeinschaft ohne gemeinsame Identität, solange der Kalte Krieg anhielt. Doch erfolgreiche Demokratisierungsprozesse beendeten die ideologische Definition Europas. Zunächst demokratisierten sich Griechenland, Portugal und Spanien. Dies machte die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft möglich. Die erfolgreiche demokratische Transformation des Ostens beendete die ideologische Konfrontation. Europa definierte sich nunmehr eindeutig als Gemeinschaft von Demokratien. Auch die NATO und die aus der KSZE entstandene OSZE legitimieren sich nun grundsätzlich durch demokratische und menschenrechtliche Orientierungen.

Die Idee einer demokratischen Wertegemeinschaft Europa findet ihren Ausdruck nicht nur im Menschenrechtsregime des Europarats und den besonderen Bemühungen der OSZE zum Schutz der Pressefreiheit und der nationalen Minderheiten, sondern auch in der Parlamentarisierung der Europäischen Union. Durch die Einrichtung eines direkt gewählten Europäischen Parlaments soll die EU über die Verfolgung rein materieller Wirtschaftsinteressen hinaus in der europäischen Öffentlich-

keit legitimiert werden. Damit beruht Europa als politische Gemeinschaft weder primär auf dem Schutz durch die NATO oder eine gemeinsame EU-Armee, noch auf dem individuellen Vorteil aus der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sondern vielmehr ganz wesentlich auf der Achtung der Demokratie und der Menschenrechte und der Beteiligung der Zivilgesellschaft. Das konkurrierende Identitätskonzept, Europa unter Berufung auf diffuse christlich-abendländische Werte zu definieren, konnten sich bislang nicht durchsetzen.

3. ERFAHRUNGEN MIT REGIONALER INTEGRATION IN OSTASIEN

Wie sind vor diesem Hintergrund die Integrationsprozesse in Ostasien zu beurteilen? Zunächst fehlten für eine regionale Integration in Ostasien lange Zeit die Voraussetzungen, denn anders als in Europa mußte Ostasien zunächst das Erbe des Kolonialismus und Imperialismus überwinden. Diese Erbe belastet auch das Verhältnis zwischen Korea und Japan (Mackerras 1998).

Die USA bemühten sich zunächst auch in Ostasien um eine militärische Integration der „westlichen“ Staaten Ostasiens nach dem Vorbild der NATO und gründeten 1954 die South East Asian Treaty Organization (SEATO) (Buszynski 1983). Mitglieder waren die USA, Frankreich, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Pakistan, Thailand und die Philippinen. Diese Allianz erwies sich als zu heterogen und konnte nie eine gemeinsame Identität entwickeln; sie wurde 1977 aufgelöst. Anders als in Europa stand für viele Länder der Region, so auch für Südkorea, die Überwindung des Kolonialismus und die Festigung der nationalen Identität im Vordergrund. Daher blieb es bei bilateralen Sicherheitsverträgen einzelner ostasiatischer Länder mit den USA. Auch Japan mußte sich wegen des Mißtrauens seiner asiatischen Nachbarländer und wegen der starken pazifistischen Kräfte auf ein bilaterales Bündnis mit den USA beschränken (Hummel 1992).

Frühe Versuche einer wirtschaftlichen Integration scheiterten an den großen Entwicklungsunterschieden zwischen dem Industrieland Japan und den zunächst wenig entwickelten Nachbarökonomien. Zudem beherrschten nordamerikanische und westeuropäische Unternehmen die ostasiatischen Märkte. Eine regionale Identität auf der Basis gemeinsamer demokratischer Werte konnte nicht entstehen, da sich kaum ein Land in der Region wirklich demokratisiert hatte. Demokratische Traditionen fehlten wegen der kolonialen Vergangenheit vieler Länder. Außerdem behinderten Krieg, Bürgerkrieg oder Kriegsrecht die Demokratisierung gerade in Ländern wie Korea massiv.

3.1 SICHERHEITSGEMEINSCHAFT

Erst in den 1980er Jahren entstanden auch in Ostasien die jeweiligen Voraussetzungen für regionale Integrationsprozesse in den drei genannten Dimensionen. Auf der koreanischen Halbinsel ist der Kalte Krieg zwar immer noch nicht beendet. Doch das Ende des Ost-West-Konflikts zwischen den Supermächten erleichterte die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der Region Asien-Pazifik sehr. Informelle Gesprächsforen wie der Council for Security Cooperation in the Asia Pacific (CSCAP), der Northeast Asia Cooperation Dialogue und das ASEAN Regional Forum (ARF) sind seitdem entstanden, die dem Modell der OSZE entsprechen (Evans 1994; Maull 1997) und an denen sich neben den regionalen Ländern auch die USA und Rußland beteiligen (Leifer 1996; Ravenhill 1998; Tay und Talib 1997). Sie dienen vor allem der Vertrauensbildung zwischen den Beteiligten (Ball 1999). Die militärische Kooperation der regionalen Staaten einschließlich Japans und Südkoreas intensivierte sich. Sie ist aber bisher nicht institutionalisiert und beschränkt sich auf die ad hoc-Zusammenarbeit, wie z. B. mit den USA im Golfkrieg und nach dem 11. September sowie mit den Vereinten Nationen bei Friedensmissionen in Kambodscha oder Osttimor. Die fehlende militärische Integration verhinderte bisher die Entstehung von Sicherheitsgemeinschaften in Ostasien, d. h. auch zwischen Japan und Südkorea. Dies zeigt sich im japanisch-koreanischen Verhältnis darin, daß Fischereikonflikte oder Territorialstreitigkeiten wie um die Insel Dogdo/Takeshima zu durchaus gewaltträchtigen Spannungen führen können.

Die gemeinsame militärische Bedrohung Südkoreas und Japans durch Nordkorea führte zu einem ersten bescheidenen Integrationsansatz, nämlich zur Gründung der Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO) durch die USA, Japan und Südkorea im Jahre 1995 (Snyder 1997). Die KEDO soll im Gegenzug zu einem Verzicht Nordkoreas auf die nukleare Aufrüstung die zivile Nutzung der Nuklearenergie in Nordkorea unterstützen.² Die nordkoreanische Führung versucht immer wieder, durch die Kündigung von Rüstungskontrollvereinbarungen und die offene Drohung, sich nukleare Mittelstreckenraketen zu verschaffen, die USA und die Nachbarländer zu erpressen. Auch die KEDO konnte daher bislang ihre Aufgaben nicht erfüllen. Dennoch hätte die KEDO – oder eine ähnliche multilaterale Institution für Nordkorea – durchaus das Potential, zum ersten Baustein für eine institutionalisierte Sicherheitsge-

² Inzwischen sind der KEDO weitere Staaten beigetreten: 1995 Neuseeland, Australien und Kanada; 1996 Indonesien, Chile und Argentinien; 1997 die EU und Polen; 1999 die Tschechische Republik und 2000 Uzbekistan.

meinschaft in Ostasien zu werden. Bedingung dafür wäre allerdings, daß sich die KEDO nicht nur um die Kontrolle des nordkoreanischen Nuklearpotentials kümmern würde, sondern auch Japan und Südkorea ihre Nuklearanlagen (und ggf. auch ihre Raketenprogramme) der Kontrolle der KEDO oder einer ähnlichen Regionalorganisation unterstellten.³

3.2 WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

Auch wirtschaftliche Integrationsprozesse fehlten in der Region lange Zeit. Dies lag an der kolonialen Prägung und der späten Entkolonialisierung einiger Länder, an den großen Entwicklungsunterschieden zwischen Japan und dem Rest der Region und der harten Konkurrenz zwischen japanischen und US-amerikanischen Unternehmen. Zum Motor der wirtschaftlichen Integration wurde weder Japan noch Südkorea, sondern die ASEAN (Association of South East Asian Nations), selbst ein Regionalverbund von Staaten (Haas 1997). ASEAN wurde 1967 zunächst zur Abwehr kommunistischer Umsturzversuche gegründet. Erst nach dem Ende des Vietnamkriegs und angesichts des Erfolgs der sogenannten Tigerökonomien (oder NICs: Newly Industrialized Economies) wandte sich ASEAN auch der wirtschaftlichen Integration zu.

Die wirtschaftlichen Integrationsprozesse in Ostasien gewannen Ende der 1980er Jahre an Schwung (Beeson und Jayasuriya 1998; Dobson 2001; Funabashi 1995; Kwan 2001; Zhu 2000). Dies lag an der erfolgreichen nachholenden Entwicklung in Ost- und Südostasien, die eine regionale wirtschaftliche Verflechtung für japanische und südostasiatische Unternehmen lohnend machte. Die regionale Verflechtung führte bis heute allerdings nicht zum Aufbau auch nur annähernd mit Westeuropa vergleichbarer regionaler Institutionen; es dominieren nach wie vor eher informelle Netzwerke japanischer bzw. chinesischer Unternehmen und eine informelle Koordination auf politischer Ebene. Diese Art der Integration in Ostasien wird als *soft regionalism* bezeichnet.

Für Japan dagegen hatten bis Ende der 1980er Jahre die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA absoluten Vorrang vor den regionalen Beziehungen zu den Nachbarländern. Zentrales Ziel der japanischen Außenwirt-

³ Die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) ist im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags (NPT) für die Überwachung „waffentauglichen“ nuklearen Brennstoffs zuständig. Nordkorea kündigte im Januar 2003 den NPT, da die Bush-Regierung Nordkorea zur „Achse des Bösen“ zähle und sich deswegen gegen Nordkorea das Recht auf den Einsatz von Nuklearwaffen vorbehalte; außerdem seien die USA nicht mehr an der in Aussicht gestellten Entnuklearisierung der gesamten koreanischen Halbinsel interessiert.

schaftspolitik war daher, sich allem zu widersetzen, was eine wirtschaftspolitische Ausgrenzung Japans gegenüber den USA bedeutet hätte. Aus diesem Grund stand Japans auch regionalen Integrationsbemühungen in Ostasien skeptisch gegenüber. Statt dessen bemühte sich Japan zusammen mit Australien um eine asiatisch-pazifische Wirtschaftsintegration unter ausdrücklicher Einbeziehung der USA (Funabashi 1995; Watanabe 1995). In diesem Sinne wurde 1989 die Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) gegründet, der sowohl ostasiatische und südpazifische, als auch nord- und lateinamerikanische Länder angehören. Der APEC-Prozess wurde durch das erste Gipfeltreffen in Seattle 1993 intensiviert, und 1994 beschlossen die APEC-Mitglieder in der Bogor-Deklaration die Errichtung einer asiatisch-pazifischen Freihandelszone bis zum Jahre 2020 (Ravenhill 2001).

Ähnlich wie Japan setzte auch Südkorea zunächst eher auf die Integration mit den Industrieländern als auf eine regionale Wirtschaftsintegration in Ostasien. Die Bemühungen Südkoreas richteten sich vor allem darauf, in den Kreis der Industrieländer aufgenommen und damit selbst als Industrieland anerkannt zu werden, was 1996 mit der Aufnahme in die Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) gelang.

Während die APEC weder für Japan noch für Südkorea das bevorzugte Modell außenwirtschaftlicher Integration war, erwies sich dieses Forum für China als besonders nützlich, um Zugang zu den weltwirtschaftlichen Liberalisierungsprozessen zu finden. Die Volksrepublik war dafür sogar bereit, auf den Alleinvertretungsanspruch für China zu verzichten. Beim APEC-Gipfel 1991 in Seoul wurde sie zusammen mit Hongkong und Taiwan in die APEC aufgenommen (Funabashi 1995).

Die ASEAN-Staaten beschlossen als Antwort auf die weitergehenden regionalen Integrationsprozesse in Nordamerika und Westeuropa, selbst eine ASEAN-Freihandelszone (AFTA) einzurichten (Imada und Naya 1992). Die Ausweitung dieses Integrationsprojekts auf Japan, Südkorea und China in Form eines ostasiatischen Wirtschaftsforums (East Asian Economic Caucus, EAEC) war zunächst heftig umstritten, da sowohl die USA als auch Japan und Südkorea eine regionale Blockbildung ablehnten und auf die weltweite Handelsliberalisierung im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) oder zumindest auf eine transpazifische Handelsliberalisierung im Rahmen der APEC unter Einfluß der USA setzten (Langhammer 1999).

Die Währungsturbulenzen der Asienkrise im Jahre 1997 und das Scheitern des WTO-Ministertreffens in Seattle im Dezember 1999 führten in Japan und in Südkorea zu einem Umdenken und zu einer Hinwendung zur regionalen wirtschaftlichen Integration. Unter dem Eindruck der Asienkrise schlug Japan die Gründung eines asiatischen Währungsfonds

vor, nahm aber wegen der heftigen Kritik seitens der USA offiziell wieder Abstand von diesem Projekt. Doch die Zentralbanken der Region vereinbarten ein informelles Regime zur gegenseitigen Stützung ihrer Währungen gegen spekulative Attacken durch sogenannte Devisenswaps (Altback 1997; Pascha 2000). Im Bereich der Handelsintegration wurde die EAEC-Idee in Form der „ASEAN plus 3“-Treffen schließlich doch konkretisiert, an denen sich die ASEAN-Länder, Japan, Südkorea und China beteiligen (Hund und Okfen 2001). Die Beteiligten wollen ein Netz von regionalen und bilateralen Freihandelsabkommen knüpfen (Cheong und Wang 1999; Kurlantzick 2001; Sohn und Yoon 2001). Zwischen Japan und Singapur trat Anfang 2002 mit dem Japan-Singapore Economic Partnership Agreement bereits ein Freihandelsabkommen in Kraft (Lim 2001), übrigens das erste Freihandelsabkommen überhaupt, das Japan mit einem anderen Land abgeschlossen hat. Nach den WTO-Vereinbarungen sind solche Freihandelsabkommen allerdings nur dann zulässig, wenn der Warenhandel zwischen den Vertragspartnern nicht nur für einzelne Branchen, sondern umfassend liberalisiert wird. Im Falle Japans sind solche Freihandelsabkommen – beispielsweise mit Südkorea oder China – bislang daran gescheitert, daß sich die Agrarlobby der Liberalisierung der japanischen Agrarmärkte erfolgreich widersetzen konnte. Im Falle Singapurs war der Abschluß eines WTO-konformen Freihandelsabkommens deshalb für Japan wesentlich leichter möglich, denn im Stadtstaat Singapur existiert keine nennenswerte Landwirtschaft.

3.3 WERTEGEMEINSCHAFT

Die Zusammenarbeit zwischen Japan, Südkorea und anderen Ländern der Region intensiviert sich also seit kurzem tatsächlich im wirtschaftspolitischen und in geringerem Maße auch im sicherheitspolitischen Bereich. Doch wie sieht es mit der dritten und für die Aussöhnung zwischen Japan und Korea nicht minder wichtigen Dimension der regionalen Integration aus, nämlich der Schaffung einer Wertegemeinschaft in Ostasien? Hier fällt auf, daß sich konservative Politiker in der Region seit längerer Zeit dafür einsetzen, eine ostasiatische Identität auf autoritäre und patriarchale „asiatische Werte“ zu gründen (Geiger und Kieserling 2001; Robison 1996). Im Diskurs über asiatische Werte werden die individuellen Grundrechte relativiert; statt dessen wird der Gemeinschaftsbezug in den Vordergrund gestellt. Die bekanntesten Vertreter diese Diskurses sind der frühere Ministerpräsident Singapurs LEE Kuan Yew, der malaysische Ministerpräsident MAHATHIR bin Mohamad und der ehemalige japanische Minister und jetzige Gouverneur von Tōkyō, ISHIIHARA Shintarō. Es erscheint wenig wahrscheinlich, daß es gelingen könnte, eine regionale

Identität auf die „asiatischen Werte“ zu begründen, denn nur zu offensichtlich handelt es sich um den Versuch, bestehende Herrschaftsverhältnisse zu legitimieren. Plausibler erscheint die Argumentation des ehemaligen südkoreanischen Präsidenten KIM Dae Jung, der einer der wichtigsten Kritiker des neuen Asianismus ist. Er verweist auf das reiche demokratische Erbe Asiens und auf die Demokratiebewegungen in verschiedenen asiatischen Ländern. Seiner Ansicht nach sind Demokratisierung und Entwicklung auch in Asien untrennbar miteinander verbunden (Hummel 2000). Im Sinne Kims erscheint auch für Ostasien ähnlich wie für Europa eine auf den Werten der Demokratie und der Menschenrechte aufgebaute regionale Integration sinnvoll und möglich.

Die Frage stellt sich, wie eine regionale Identität Ostasiens auf der Basis von Demokratie und Menschenrechten entstehen könnte. Japan ist inzwischen eine gefestigte Demokratie, doch bremst die langjährige Regierungsdominanz der Liberaldemokratischen Partei (LDP) die Vitalität der japanischen Demokratie, die zudem immer wieder durch schwerwiegende Korruptionsskandale erschüttert wird. Die außenpolitische Akzeptanz der japanischen Demokratie wird außerdem durch die aus der Sicht der Nachbarländer ungenügende Auseinandersetzung Japans mit seiner geschichtlichen Verantwortung belastet (Yasukuni-Problem, Entschädigungen für Zwangsarbeit und Zwangsprostitution, Schulbuchkontroverse usw.).⁴

Die Demokratie hat sich gerade im letzten Jahrzehnt in der Region weiter ausgebreitet. Demokratische Bewegungen konnten in Südkorea, Taiwan, den Philippinen und weiteren Ländern autoritäre Regime stürzen oder für demokratische politische Reformen sorgen (Croissant 1998). Diese innenpolitischen Entwicklungen sind insofern auch für die regionale Integration relevant, als sie die Herausbildung einer demokratischen Wertegemeinschaft in Ost- und Südostasien stützen. Obwohl China und Vietnam nach wie vor weit von wirklich demokratischen Verhältnissen entfernt sind und eine umfassende demokratische Transformation noch aussteht, sind auch dort gewisse politische Liberalisierungstendenzen zu beobachten. Besonders tragisch sieht die Situation in Nordkorea aus, wo nach wie vor ein totalitäres Regime herrscht. Wenn Japan weiter unter politischer Stagnation und dem Legitimationsverlust demokratischer Politik leidet, wäre derzeit vielleicht eher Südkorea in der Lage, zur treibenden Kraft im demokratischen Integrationsprozeß Ostasiens zu werden und damit entscheidend zur Friedenskonsolidierung zwischen Japan und Südkorea beizutragen.

⁴ Anm. der Hg.: Siehe hierzu die Beiträge von SAKAI Toshiki, CHUNG Jae-Jeong und Sven SAALER in diesem Band; zum „Yasukuni-Problem“ siehe Fußnote 6 im Beitrag von IZUMI Hajime (S. 55).

4. FAZIT: GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION IN OSTASIEN UND VERSÖHNUNG

Regionale Integration betrifft in Ostasien wie in Europa verschiedene Perspektiven. Es wurde deutlich, daß in allen drei Bereichen – der Sicherheitsgemeinschaft, der Wirtschaftsgemeinschaft und der Wertegemeinschaft – in Ostasien zwar Integrationsansätze bestehen, doch eine auch nur annähernd mit Europa vergleichbare institutionelle Verankerung nicht in Sicht ist. Diese informelle Integration Ostasiens, der „*soft regionalism*“ oder „*open regionalism*“, wird andererseits von manchen als besondere Stärke der Region interpretiert (Garnaut 1996). Eher scheint jedoch die Deutung zuzutreffen, daß der *soft regionalism* in Ostasien eine zu schwache Brücke ist, um die Aussöhnung zwischen Japan und Südkorea und den regionalen Frieden tragen zu können. Dies dürfte um so mehr der Fall sein, als diese Brücke fast ausschließlich von den wirtschaftlichen und politischen Eliten gebaut wird und die Öffentlichkeit in den betreffenden Ländern anders als in Europa an den offiziellen Integrationsprojekten kaum beteiligt ist.

Die hier vorgestellte Analyse legt außerdem den Schluß nahe, daß im Falle Ostasiens die Hoffnungen auf eine regionale Integration weniger auf Japan ruhen, sondern erfolgversprechende Initiativen eher von Südkorea zu erwarten sind. Dafür gibt es mehrere Argumente: die sicherheitspolitische Bedrohung durch Nordkorea wird von Südkorea viel unmittelbarer erlebt und motiviert daher Südkorea zu weitaus mehr Engagement im Hinblick auf die sicherheitspolitische Integration als das sicherheitspolitisch zurückhaltende Japan. Auch wirtschaftspolitisch ist Südkorea nach den Erfahrungen der Asienkrise weitaus mehr motiviert, sich regional zu integrieren. Die Hoffnungen auf einen friedenspolitisch tragfähigen Brückenbau ruhen meines Erachtens aber vor allem auf der Demokratiebewegung in Südkorea und nicht zuletzt auf der Person des früheren südkoreanischen Präsidenten KIM Dae Jung, der sich vehement gegen die „asiatischen Werte“ und für ein demokratisches Ostasien ausgesprochen hat.

Nicht zuletzt trägt auch die hartnäckige Auseinandersetzung in Südkorea mit der japanischen Kriegsverantwortung und den Entschädigungen für Zwangsarbeiter und Zwangsprostituierte mit dazu bei, eine regionale Wertegemeinschaft auf der Basis von Demokratie und Menschenrechten aufzubauen. Sich diesen Auseinandersetzungen zu stellen, wäre ein wichtiger japanischer Beitrag zur regionalen Integration in Ostasien, ähnlich wie die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Kriegsverantwortung in Deutschland die europäische Integration voran gebracht hat.

LITERATURVERZEICHNIS

- Altback, Eric (1997): The Asian Monetary Fund Proposal: A Case Study of Japanese Regional Leadership. In: *Japan Economic Institute Report* 47A. <http://www.jei.org/Archive/JEIR97/9747.html> (Zugriff am 07.05.2003).
- Ball, Desmond (1999): *Implications of the East Asian economic recession for regional security cooperation*. Canberra: Strategic and Defence Studies Centre.
- Beeson, Mark und Kanishka Jayasuriya (1998): The political rationalities of regionalism: APEC and the EU in comparative perspective. In: *Pacific Review* 11 (3), S. 311–336.
- Boulding, Kenneth E. (1973): *Stable Peace*. Austin, TX: University of Texas Press.
- Buszynski, Leszek (1983): *SEATO: The Failure of an Alliance Strategy*. Singapore: Singapore University Press.
- Cheong, Inkyo und Wang Yunjong (1999): *Economic Integration in North-east Asia: Searching for a Feasible Approach*. KIEP (Korea Institute for International Economic Policy) Working Paper, siehe <http://www.kiep.go.kr>.
- Croissant, Aurel (1998): Demokratisierung und die Rolle der Zivilgesellschaft in Südkorea, Taiwan und auf den Philippinen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48, S. 25–33.
- Czempel, Ernst-Otto (1997): Chancen der Integration – Demokratisierung und Frieden. In: Eberwein, Wolf-Dieter (Hg.): *Europa im Umbruch: Chancen und Risiken der Friedensentwicklung nach dem Ende der Systemkonfrontation*. Münster: Agenda, S. 35–47.
- Czempel, Ernst-Otto (1998): *Friedensstrategien. Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga*. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Dobson, Wendy (2001): Deeper Integration in East Asia: Regional Institutions and the International Economic System. In: *World Economy* 24 (8), S. 8, 24.
- Evans, Paul M. (1994): Building Security: The Council for Security Cooperation in the Asia Pacific (CSCAP). In: *Pacific Review* 7 (2), S. 125–140.
- Funabashi, Yoichi (1995): *Asia Pacific Fusion: Japan's Role in APEC*. Washington, DC: Institute for International Economics.
- Gardner Feldman, Lily (1999): The Principle and Practice of ‚Reconciliation‘ in German Foreign Policy: Relations with France, Israel, Poland and the Czech Republic. In: *International Affairs* 75 (2), S. 333–356.

- Garnaut, Ross (1996): *Open Regionalism and Trade Liberalization: An Asia-Pacific Contribution to the World Trade System*. Singapore: Institute of Southeast Asian Studies.
- Geiger, Klaus F. und Manfred Kieserling (Hg.) (2001): *Asiatische Werte: Eine Debatte und ihr Kontext*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Haas, Michael (1997): ASEAN's Pivotal Role in Asian-Pacific Regional Cooperation. In: *Global Governance* 3 (3), S. 329–348.
- Hummel, Hartwig (1992): *Japan: Schleichende Militarisierung oder Friedensmodell?* Frankfurt a. M.: Haag und Herchen.
- Hummel, Hartwig (2000): *Der neue Westen. Der Handelskonflikt zwischen den USA und Japan und die Integration der westlichen Gemeinschaft*. Münster: Agenda.
- Hummel, Hartwig und Birgit Wehrhöfer (1996): Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung. In: *WeltTrends* 12, S. 7–34.
- Hund, Markus und Nuria Okfen (2001): Der East Asian Economic Caucus (EAEC)/ASEAN-Plus-Drei. In: Maull, Hanns W. und Dirk Nabers (Hg.): *Multilateralismus in Ostasien-Pazifik. Probleme und Perspektiven im neuen Jahrhundert*. Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 159–184.
- Imada, Pearl Y. und S. Naya (Hg.) (1992): *AFTA: the way ahead*. Singapore: Institute of South-East Asian Studies.
- Kühne, Hartmut (1998): *Friedenssicherung durch regionale Organisationen in Europa*. Frankfurt am Main: Lang.
- Kurlantzick, Joshua (2001): Is East Asia Integrating? In: *Washington Quarterly* 24 (4), S. 19–28.
- Kwan, Chi-Hung (2001): *Yen Bloc: Toward Economic Integration in Asia*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Langhammer, Rolf J. (1999): Regional Integration APEC Style: Lessons from Regional Integration EU Style. In: *ASEAN Economic Bulletin* 16 (1) S. 1, 1–17.
- Leifer, Michael (1996): *The ASEAN Regional Forum*. London: International Institute for Strategic Studies (Adelphi Papers 302).
- Lim, Chin Beng (2001): Regionalism: a Singaporean Perspective. In: *Asia Pacific Review* 8 (2), S. 10–17.
- Mackerras, Colin (1998): From imperialism to the end of the Cold War. In: McGrew, Anthony und Christopher Brook (Hg.): *Asia-Pacific in the New World Order*. London: Routledge, S. 35–56.
- Maull, Hanns W. (1997): Regional Security Co-operation: A Comparison of Europe and East Asia. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 1, S. 49–62.

- Pascha, Werner (2000): Financial Cooperation and Integration in Pacific Asia: The Role of Multilateral and Regional Organizations. In: Blechinger, Verena und Jochen Legewie (Hg.): *Facing Asia – Japan's Role in the Political and Economic Dynamism of Regional Cooperation*. München: iudicium, S. 263–284.
- Ravenhill, John (1998): The growth of intergovernmental collaboration in the Asia-Pacific region. In: McGrew, Anthony und Christopher Brook (Hg.): *Asia-Pacific in the New World Order*. London: Routledge, S. 247–270.
- Ravenhill, John (2001): *APEC and the Construction of Pacific Rim Regionalism*. New York: Cambridge University Press.
- Robison, Richard (1996): The Politics of ‚Asian Values‘. In: *Pacific Review* 9 (3), S. 309–327.
- Rosamond, Ben (2000): *Theories of European Integration*. Houndmills, Basingstoke: Palgrave.
- Schlotter, Peter (1999): *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Senghaas, Dieter (1992): *Friedensprojekt Europa*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Snyder, Scott (1997): North Korea's Nuclear Program: The Role of Incentives in Preventing Deadly Conflict. In: Cortright, David (Hg.): *The Price of Peace: Incentives and International Conflict Prevention*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield, S. 55–82.
- Sohn, Chan-Hyun und Yoon Jinna (2001): *Korea's FTA (Free Trade Agreement) policy: current status and future policy*. KIEP (Korea Institute for International Economic Policy) Discussion Paper 1, siehe <http://www.kiep.go.kr>.
- Tay, Simon S. C. und Obood Talib (1997): The ASEAN Regional Forum: Preparing for Preventive Diplomacy. In: *Contemporary Southeast Asia* 19 (3), S. 252–268.
- Watanabe, Akio (1995): What Is Asia-Pacific Regionalism? In: *Japan Review of International Affairs* 9/3, S. 189–194.
- Zhu, Zhiquan (2000): Prospect for Integration in Pacific Asia. In: *Asian Profile* 28 (6), S. 509–526.
- Zielinski, Michael (1995): *Friedensursachen. Genese und konstituierende Bedingungen von Friedensgemeinschaften am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklung ihrer Beziehungen zu den USA, Frankreich und den Niederlanden*. Baden-Baden: Nomos.